

Europäischer Tarifbericht des WSI – 2015/2016

Die Entwicklung der Nominallöhne in Europa bewegt sich in den Jahren 2015 und 2016 nach wie vor auf einem sehr moderaten Pfad. Auch wenn aufgrund der geringen Preissteigerungsraten die Reallöhne deutlich stärker angestiegen sind, so bleibt die Lohnentwicklung jedoch insgesamt hinter den ökonomischen Erwartungen zurück. Dies liegt neben der geringen Inflationsrate vor allem an der in vielen Ländern andauernden sehr hohen Arbeitslosigkeit sowie den Reformen am Arbeitsmarkt, die in den letzten Jahren die Verhandlungsposition der Beschäftigten systematisch geschwächt haben. Angesicht einer eher mäßigen Konjunktorentwicklung und fortbestehender Deflationsgefahren wird allerdings mittlerweile nicht mehr nur von den europäischen Gewerkschaften, sondern auch von den europäischen Institutionen – darunter allen voran der Europäischen Zentralbank – für eine stärkere Lohndynamik in Europa plädiert.

THORSTEN SCHULTEN

1. Ökonomische Rahmenbedingungen der Tarifpolitik

1.1 Allgemeine Wirtschaftsentwicklung

Die ökonomischen Rahmenbedingungen für die Tarifaussinandersetzungen haben sich im Jahr 2015 gegenüber den Vorjahren weiter verbessert. Im EU-Durchschnitt nahm das *Bruttoinlandsprodukt (BIP)* 2015 um 2,0 % zu, nachdem es im Jahr 2014 um 1,4 % angestiegen war und noch 2013 bei einem minimalen Zuwachs von 0,2 % stagniert hatte (*Tabelle 1*). Für 2016 erwartet die Europäische Kommission, dass sich die Konjunktorentwicklung mit einem Zuwachs des BIP um 1,8 % etwa im gleichen Tempo fortsetzt.¹ Insgesamt bleibt das Wirtschaftswachstum jedoch eher moderat und wird zudem durch weltwirtschaftliche Unsicherheiten und politische Krisen in Europa (wie z. B. die Brexit-Entscheidung) beeinflusst (vgl. Europäische Kommission 2016; Horn et al. 2016).

Zwischen den einzelnen EU-Staaten bestehen im Hinblick auf den jeweiligen Konjunkturverlauf – wie schon in den Vorjahren – extreme Unterschiede. Relative hohe Wachstumsraten konnten 2015 die meisten osteuropäischen Länder verzeichnen, in denen sich das BIP zwischen 2,7 % in Lettland und 4,2 % in Tschechien bewegte. Lediglich Estland, Kroatien und Litauen wiesen mit BIP-Zuwächsen

von 1,1 % bzw. 1,6 % unterdurchschnittliche Wachstumsraten auf (*Tabelle 1*).

In den übrigen Regionen Europas verlief das Wachstum sehr uneinheitlich. Kräftige Zuwächse des BIP gab es in Spanien (3,2 %), Schweden (4,1 %), Luxemburg (4,8 %) und Malta (6,3 %). Den stärksten Konjunkturboom erlebte Irland, wo das BIP um 7,8 % zunahm. Auf der anderen Seite gibt es jedoch auch eine Vielzahl von EU-Staaten mit deutlich niedrigeren Wachstumsraten. Hierzu gehören vor allem die großen Volkswirtschaften Italien und Frankreich, wo das BIP lediglich um 0,8 % bzw. 1,2 % zunahm, aber auch Deutschland, wo das BIP-Wachstum mit 1,7 % ebenfalls unter dem EU-Durchschnitt lag. Das wirtschaftliche Schlusslicht war hingegen nach wie vor Griechenland, das 2015 als einziges EU-Land erneut einen leichten Rückgang seiner Wirtschaftsleistung (minus 0,2 %) hinnehmen musste. Besonders schwach verlief das Wirtschaftswachstum außerdem in Finnland (0,5 %), Österreich (0,9 %) und Dänemark (1,2 %). ▶

1 Im Folgenden wird, falls nicht anders ausgewiesen, auf Daten der Annual Macro-Economic Database (AMECO) zurückgegriffen, die von der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen (GD ECFIN) der Europäischen Kommission bereitgestellt wird (http://ec.europa.eu/economy_finance/db_indicators/ameco/index_en.htm). Bei den Angaben für 2016 handelt es sich um Prognosedaten der Europäischen Kommission, die im Mai 2016 veröffentlicht wurden (vgl. Europäische Kommission 2016).

TABELLE 1

Wachstum und Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union, 2013–2016*

Angaben in Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Arbeitslosigkeit			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Nordeuropa								
Dänemark	-0,2	1,3	1,2	1,2	7,0	6,6	6,2	6,0
Finnland	-0,8	-0,7	0,5	0,7	8,2	8,7	9,4	9,4
Schweden	1,2	2,3	4,1	3,4	8,0	7,9	7,4	6,8
Westeuropa								
Belgien	0,0	1,3	1,4	1,2	8,4	8,5	8,5	8,2
Deutschland	0,3	1,6	1,7	1,6	5,2	5,0	4,6	4,6
Frankreich	0,7	0,2	1,2	1,3	10,3	10,3	10,4	10,2
Großbritannien	2,2	2,9	2,3	1,8	7,6	6,1	5,3	5,0
Irland	1,4	5,2	7,8	4,9	13,1	11,3	9,4	8,2
Luxemburg	4,3	4,1	4,8	3,3	5,9	6,0	6,4	6,2
Niederlande	-0,5	1,0	2,0	1,7	7,3	7,4	6,9	6,4
Österreich	0,3	0,4	0,9	1,5	5,4	5,6	5,7	5,9
Südeuropa								
Griechenland	-3,2	0,7	-0,2	-0,3	27,5	26,5	24,9	24,7
Italien	-1,7	-0,3	0,8	1,1	12,1	12,7	11,9	11,4
Malta	4,1	3,7	6,3	4,1	6,4	5,8	5,4	5,1
Portugal	-1,1	0,9	1,5	1,5	16,4	14,1	12,6	11,6
Spanien	-1,7	1,4	3,2	2,6	26,1	24,5	22,1	20,0
Zypern	-5,9	-2,5	1,6	1,7	15,9	16,1	15,1	13,4
Osteuropa								
Bulgarien	1,3	1,5	3,0	2,0	13,0	11,4	9,2	8,6
Estland	1,6	2,9	1,1	1,9	8,6	7,4	6,2	6,5
Kroatien	-1,1	-0,4	1,6	1,8	17,3	17,3	16,3	15,5
Lettland	3,0	2,4	2,7	2,8	11,9	10,8	9,9	9,6
Litauen	3,5	3,0	1,6	2,8	11,8	10,7	9,1	7,8
Polen	1,3	3,3	3,6	3,7	10,3	9,0	7,5	6,8
Rumänien	3,5	3,0	3,8	4,2	7,1	6,8	6,8	6,8
Slowakei	1,4	2,5	3,6	3,2	14,2	13,2	11,5	10,5
Slowenien	-1,1	3,0	2,9	1,7	10,1	9,7	9,0	8,6
Ungarn	1,9	3,7	2,9	2,5	10,2	7,7	6,8	6,4
Tschechien	-0,5	2,0	4,2	2,1	7,0	6,1	5,1	4,5
Gesamte EU 28	0,2	1,4	2,0	1,8	10,9	10,2	9,4	8,9

*Bruttoinlandsprodukt = Veränderung des BIP in % gegenüber dem Vorjahr.

Arbeitslosenquote = Anzahl der Arbeitslosen in % der zivilen Erwerbsbevölkerung (Eurostat-Definition).
Angaben für 2016: Prognose der Europäischen Kommission.

Quelle: AMECO Datenbank Version: 3.5.2016.

WSI Mitteilungen

Für 2016 erwartet die Europäische Kommission, dass sich das Wachstum in den meisten EU-Staaten wieder etwas abschwächt oder auf einem vergleichbaren Niveau wie im Vorjahr stagniert (Tabelle 1).

1.2 Die Lage auf dem Arbeitsmarkt

Neben der allgemeinen konjunkturellen Entwicklung bildet die Lage auf dem Arbeitsmarkt einen weiteren zentralen Faktor für die Tarifauseinandersetzungen, die sich direkt

auf die Verhandlungs- und Durchsetzungsmacht der Tarifvertragsparteien auswirkt. In vielen europäischen Ländern wird die Position der Gewerkschaften durch eine anhaltend hohe Arbeitslosigkeit geschwächt. Im Jahresdurchschnitt 2015 waren EU-weit knapp 22,9 Mio. Menschen offiziell arbeitslos, was einer Arbeitslosenquote von 9,4% entspricht (Tabelle 1). Gegenüber dem Vorjahr kam es zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit um 0,8 Prozentpunkte. Für 2016 wird ein weiterer Rückgang auf 8,9% erwartet. In absoluten Zahlen wären dies immer noch etwa 21,7 Mio. Arbeitslose.

Entsprechend der unterschiedlichen ökonomischen Entwicklung der letzten Jahre bestehen auch bei dem Ausmaß der Arbeitslosigkeit zwischen den einzelnen EU-Staaten sehr große Divergenzen. Die höchste Arbeitslosenquote existierte 2015 mit knapp 25% erneut in Griechenland, gefolgt von Spanien, wo trotz relativ kräftigem Wirtschaftswachstum etwa 22% aller Beschäftigten arbeitslos waren. Weitere sechs EU-Staaten wiesen Arbeitslosenquoten von 10% und mehr auf. Hierzu gehörten in Südeuropa die Länder Italien, Portugal und Zypern, in Osteuropa Kroatien und die Slowakei sowie in Westeuropa Frankreich, wo die Arbeitslosenquote seit mehreren Jahren bei um die 10% verharrt. In 14 EU-Staaten bewegte sich die Arbeitslosenquote zwischen 6 und 10%, während sie in fünf weiteren Ländern unterhalb von 6% lag, darunter Großbritannien mit 5,3% und Deutschland mit 4,6%. Für das Jahr 2016 erwartet die Europäische Kommission für die meisten EU-Staaten kaum Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, sodass sich die wirtschaftliche Entwicklung – wenn überhaupt – nur in einem leichten Rückgang der Arbeitslosenquoten niederschlägt. Vor allem in Südeuropa verharrt die Arbeitslosigkeit auf einem extrem hohen Niveau.

1.3 Preis- und Produktivitätsentwicklung

Neben der Konjunktorentwicklung und der Lage auf dem Arbeitsmarkt ist die Entwicklung der Preise und der Arbeitsproduktivität ein wichtiger Orientierungspunkt für die Tarifaueinandersetzungen in Europa (Tabelle 2). Die Summe beider Indikatoren bildet den *lohnpolitischen Verteilungsspielraum*, dessen Ausschöpfung durch entsprechende Lohn erhöhungen den Beschäftigten eine gleichgewichtige Partizipation an der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung garantiert und das Verhältnis zwischen Arbeits- und Kapitaleinkommen konstant hält. Bei der Definition des lohnpolitischen Verteilungsspielraumes als Summe aus Preis- und Produktivitätsentwicklung ist in der Wirtschaftswissenschaft strittig, welche konkreten Indikatoren insbesondere für die Preisentwicklung verwendet werden sollen. Gegenüber möglichen alternativen Indikatoren (wie z. B. der Kerninflationsrate, der Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank (EZB) oder der Entwicklung der Erzeugerpreise) wird im Folgenden bei der Bestimmung der nationalen Verteilungsspielräume die jeweils nationale Entwicklung der Verbraucherpreise zugrunde gelegt, wobei für den internationalen Vergleich der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) als Grundlage verwendet wird. Aus Arbeitnehmersicht stellen die Verbraucherpreise den wichtigsten ökonomischen Indikator dar, weil sie über das reale Lohnniveau und die damit verbundene Kaufkraft entscheiden. Dementsprechend bilden die nationalen Verbraucherpreise für die Gewerkschaften bis heute die bedeutsamste Orientierungsgröße bei den Tarifaueinandersetzungen.

Im Jahr 2015 blieben die Verbraucherpreise im EU-Durchschnitt gegenüber dem Vorjahr unverändert (Tabelle 2). Für 2016 erwartet die Europäische Kommission nur eine extrem geringere Preissteigerung von gerade mal 0,3%. In insgesamt

elf EU-Staaten kam es 2015 sogar zu einem Rückgang der Verbraucherpreise, darunter am stärksten in Griechenland und Bulgarien mit jeweils minus 1,1%. In 13 europäischen Staaten bewegte sich die Inflationsrate zwischen 0,0 und 0,5%, während lediglich vier Staaten höhere Preissteigerungsraten aufwiesen, darunter als Spritzenreiter Malta mit einem Zuwachs von 1,2%. Damit sind sämtliche europäische Länder weit von der EZB-Zielinflationsrate von 2% entfernt. Die Gründe für die extrem schwache Preisentwicklung liegen zum einen in den sehr niedrigen und teilweise sinkenden Energiekosten, zum anderen jedoch auch in der andauernden relativ schwachen gesamtwirtschaftlichen Nachfrage (Europäische Kommission 2016). Die wirtschaftliche Entwicklung in der EU wird damit in den Jahren 2015 und 2016 insgesamt durch stark deflationäre Tendenzen geprägt.

Die Entwicklung der *Arbeitsproduktivität* verläuft innerhalb Europas ebenfalls auf einem relativ schwachen Niveau. Obwohl die konjunkturelle Entwicklung 2015 wieder etwas an Fahrt gewonnen hat, hat die Produktivität im EU-Durchschnitt lediglich um 0,8% zugenommen und lag damit nur leicht oberhalb der Zuwachsrate des Vorjahres (0,3%) (Tabelle 2). Der geringe Produktivitätszuwachs dürfte nicht zuletzt damit zusammenhängen, dass viele der 2015 neu geschaffenen Arbeitsplätze eher in weniger produktiven Bereichen im Niedriglohnssektor entstanden sind (Europäische Kommission 2016). In der Mehrzahl der nord-, west- und südeuropäischen Länder lag das Produktivitätswachstum zwischen 0,0 und 1,0%. In drei EU-Staaten ging die Produktivität 2015 sogar zurück, darunter am stärksten in Griechenland mit minus 2,1%. Stärkere Produktivitätszuwächse gab es lediglich in Irland (5,0%), Malta (2,7%) und Schweden (2,6%) sowie in einigen osteuropäischen Ländern. Für 2016 prognostiziert die Europäische Kommission für die meisten EU-Länder ein etwa gleichbleibendes Wachstum der Produktivität, das im EU-Durchschnitt wie im Vorjahr um 0,8% steigen soll.

Da 2015 sowohl die Preis- als auch die Produktivitätsentwicklung relativ gering ausfielen, ergibt sich für das Jahr rechnerisch im EU-Durchschnitt ein *lohnpolitischer Verteilungsspielraum* von lediglich 0,8% (Tabelle 2). Der größte Verteilungsspielraum existierte mit 5,0% in Irland, gefolgt von Rumänien mit 4,3% sowie Schweden und Tschechien mit jeweils 3,3%. In insgesamt sechs EU-Staaten war der rechnerische Verteilungsspielraum aufgrund der schwachen Preis- und Produktivitätsentwicklung sogar negativ. Für das Jahr 2015 ergeben sich aufgrund der Prognosedaten der Europäischen Kommission für die meisten Länder ähnliche Werte. Im EU-Durchschnitt wird der Verteilungsspielraum demnach rechnerisch bei 1,1% liegen.

Während hier für die Berechnung des jeweils jahresbezogenen Verteilungsspielraumes auch die jahresbezogene Produktivität verwendet wird, wird für eine gesamtwirtschaftlich ausgerichtete Tarifpolitik in der Regel eine Orientierung an der Trendproduktivität empfohlen, die sich aus der durchschnittlichen Produktivitätsentwicklung mehrerer Jahre ergibt. Eine solche mittelfristige Orientierung hat den Vorteil, dass sie zu einer Verstetigung der Lohn- ▶

TABELLE 2

Preise, Arbeitsproduktivität und Verteilungsspielraum in der Europäischen Union, 2013–2016*

Angaben in Prozent

	Preise				Arbeitsproduktivität				Verteilungsspielraum			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Nordeuropa												
Dänemark	0,5	0,4	0,2	0,3	-0,4	0,5	0,1	0,3	0,1	0,9	0,3	0,6
Finnland	2,2	1,2	-0,2	0,0	0,0	0,2	0,9	0,5	2,2	1,4	0,7	0,5
Schweden	0,4	0,2	0,7	0,9	0,3	0,9	2,6	1,8	0,7	1,1	3,3	2,8
Westeuropa												
Belgien	1,2	0,5	0,6	1,7	0,4	1,0	0,5	0,4	1,6	1,5	1,1	2,0
Deutschland	1,6	0,8	0,1	0,3	-0,3	0,7	0,9	0,6	1,3	1,5	1,0	0,9
Frankreich	1,0	0,6	0,1	0,1	0,7	-0,1	0,8	0,8	1,7	0,5	0,9	0,9
Großbritannien	2,6	1,5	0,0	0,8	1,0	0,6	0,8	0,7	3,6	2,1	0,8	1,6
Irland	0,5	0,3	0,0	0,3	-0,9	3,4	5,0	3,1	-0,4	3,7	5,0	3,4
Luxemburg	1,7	0,7	0,1	-0,1	2,5	1,5	2,3	0,7	4,2	2,2	2,4	0,6
Niederlande	2,6	0,3	0,2	0,4	0,3	1,3	1,1	0,5	2,9	1,6	1,3	0,9
Österreich	2,1	1,5	0,8	0,9	-0,1	-0,5	0,2	0,6	2,0	1,0	1,0	1,5
Südeuropa												
Griechenland	-0,9	-1,4	-1,1	-0,3	0,4	0,5	-2,1	-0,8	-0,5	-0,9	-3,2	-1,1
Italien	1,2	0,2	0,1	0,2	0,7	-0,6	-0,1	0,2	1,9	-0,4	0,0	0,3
Malta	1,0	0,8	1,2	1,4	0,3	-1,3	2,7	1,2	1,3	-0,5	3,9	2,6
Portugal	0,4	-0,2	0,5	0,7	1,8	-0,5	0,1	0,6	2,2	-0,7	0,6	1,2
Spanien	1,5	-0,2	-0,6	-0,1	1,9	0,3	0,2	0,1	3,4	0,1	-0,4	0,0
Zypern	0,4	-0,3	-1,5	-0,7	0,0	-0,2	0,7	0,8	0,4	-0,5	-0,8	0,0
Osteuropa												
Bulgarien	0,4	-1,6	-1,1	-0,7	1,7	1,2	2,6	1,7	2,1	-0,4	1,5	1,0
Estland	3,2	0,5	0,1	0,8	0,3	2,1	-1,8	2,9	3,5	2,6	-1,7	3,7
Kroatien	2,3	0,2	-0,3	-0,6	1,5	-2,8	0,0	0,7	3,8	-2,6	-0,3	0,1
Lettland	0,0	0,7	0,2	0,2	0,7	3,8	1,4	2,4	0,7	4,5	1,6	2,6
Litauen	1,2	0,2	-0,7	0,6	2,2	1,0	0,3	2,6	3,4	1,2	-0,4	3,3
Polen	0,8	0,1	-0,7	0,0	1,3	1,5	2,2	3,0	2,1	1,6	1,5	3,0
Rumänien	3,2	1,4	-0,4	-0,6	4,4	2,1	4,7	4,2	7,6	3,5	4,3	3,6
Slowakei	1,5	-0,1	-0,3	-0,1	2,2	1,1	1,6	1,3	3,7	1,0	1,3	1,3
Slowenien	1,9	0,4	-0,8	-0,2	0,3	2,5	1,4	1,0	2,2	2,9	0,6	0,8
Tschechien	1,4	0,4	0,3	0,5	-0,8	1,4	3,0	1,7	0,6	1,8	3,3	2,2
Ungarn	1,7	0,0	0,1	0,4	0,9	-1,1	0,1	1,6	2,6	-1,1	0,2	2,0
EU 28	1,5	0,5	0,0	0,3	0,6	0,3	0,8	0,8	2,1	0,8	0,8	1,1

*Preise = Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI), Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr.
 Arbeitsproduktivität = Reales BIP pro Erwerbstätiger, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr.
 Verteilungsspielraum = Summe aus Preis- und Arbeitsproduktivitätsentwicklung.
 Angaben für 2016: Prognose der Europäischen Kommission.

Quelle: AMECO Datenbank der Europäischen Kommission, Version: 3.5.2016; Berechnungen des WSI.

WSI Mitteilungen

politik beitragen kann und pro-zyklische Effekte vermeidet, die sich z. B. dann ergeben können, wenn eine rückläufige Konjunktorentwicklung durch geringe Lohnzuwächse oder gar Lohnkürzungen weiter verstärkt wird. Legt man z. B. die durchschnittliche Produktivitätsentwicklung der letzten zehn Jahre zugrunde, die bei etwa 0,5 % liegt, und berücksichtigt darüber hinaus die Zielinflationsrate der EZB von 2 %, um der Gefahr einer deflationären Entwicklung entgegenzutreten, so ergibt sich im EU-Durchschnitt für die Jahre 2015 und 2016 ein Verteilungsspielraum von 2,5 %.

2. Die Entwicklung der Tariflöhne

2.1 Der EZB-Tariflohnindikator

Die Analyse der Tariflohnentwicklung in Europa steht vor dem grundsätzlichen Problem, dass es bis heute keine offizielle europäische Tariflohnstatistik gibt. Die einzige offizielle Datenquelle auf europäischer Ebene bildet bislang der

sogenannte „Indikator der Tarifverdienste“, der von der EZB als aggregierte Größe für die gesamte Euro-Zone berechnet wird (Kanutin 2015). Hierbei handelt es sich um sogenannte „experimentelle Daten“, die durch die Zusammenführung nicht harmonisierter nationaler Datenquellen ermittelt werden. Bei der Berechnung des EZB-Indikators werden Tariflohn Daten aus insgesamt elf Ländern berücksichtigt, die insgesamt 98 % der Euro-Zone abdecken.

Nach der Entwicklung des EZB-Tariflohnindikators sind die Tariflöhne im Euroraum im Jahr 2015 nominal durchschnittlich um 1,5% angestiegen (Abbildung 1). Dies ist die niedrigste nominale Steigerungsrate seit Anfang der 2000er Jahre (Europäische Zentralbank 2016a). Angesichts einer stagnierenden Preisentwicklung in der Eurozone entspricht dies für 2015 allerdings auch einem realen Zuwachs der Tariflöhne um 1,5%. Im ersten Halbjahr 2016 lag die Erhöhung der Tariflöhne mit nominal 1,4 und real 1,3% leicht unterhalb des Vorjahres.

Im Zeitraum 2000–2007 zeigte die Entwicklung des EZB-Tariflohnindikators sowohl nominal als auch real eine erstaunliche Konstanz. Während die nominale Tariflohnentwicklung im Wesentlichen zwischen 2 und 2,7% schwankte, lag sie real zumeist wenige Zehntel-Prozent oberhalb der Inflationsrate. Unmittelbar vor und nach der Krise 2008/2009 kam es kurzzeitig zu relativ großen Abweichungen. Seit 2012 sind die *nominalen* Steigerungsraten der Tariflöhne hingegen tendenziell rückläufig, während sie in der Folge extrem niedriger Inflationsraten *real* im gleichen Zeitraum deutlich angestiegen sind.

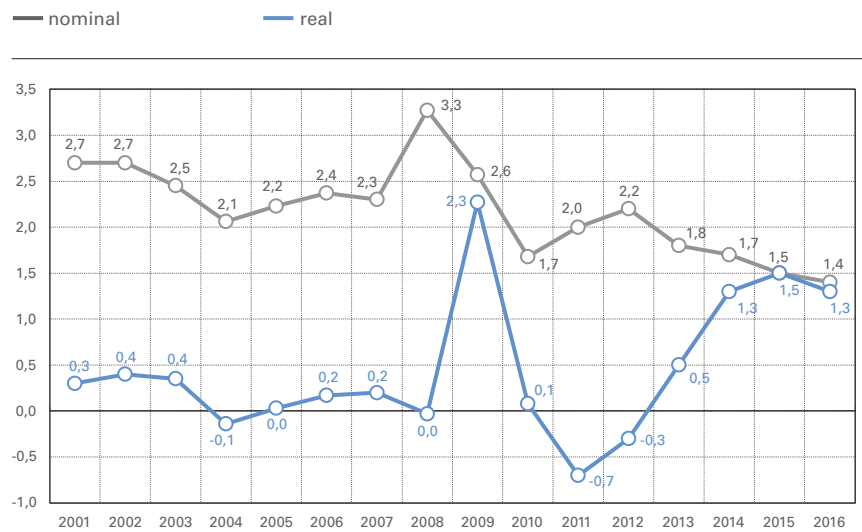
Die Entwicklung der Tariflöhne in der Eurozone verläuft dabei über lange Sicht deutlich stetiger als die Entwicklung der Effektivlöhne, also die Entwicklung derjenigen Löhne, die statistisch im Durchschnitt allen Beschäftigten effektiv gezahlt werden, unabhängig davon, ob sie an einen Tarifvertrag gebunden sind. Hierbei lässt der Vergleich vor und nach der Krise 2009 ein deutlich verändertes Entwicklungsmuster erkennen. Während *vor* der Krise die Effektivlöhne stets schneller als die Tariflöhne zunahmen und es durchweg zu einer positiven Lohndrift kam, hat sich die Entwicklung *nach* der Krise umgekehrt. Die Effektivlöhne wuchsen nun deutlich langsamer als die Tariflöhne und es kam zu einer negativen Lohndrift (Abbildung 2; s. a. Kanutin 2015). Für das Jahr 2015 zeigte sich allerdings wieder das Bild einer positiven Lohndrift, wonach die Effektivlöhne mit 2,0% deutlich stärker als die Tariflöhne mit 1,5% anstiegen.

Die Entwicklung der Lohndrift in Europa wird von einer Vielzahl von Faktoren beeinflusst. Hierzu gehören Veränderungen der Beschäftigtenstruktur, der Arbeitszeiten und der Tarifvertragssysteme. So dürfte z. B. die abnehmende Tarifbindung und die Schwächung der Tarifvertragssysteme, die seit der Krise 2008/2009 in einer Reihe von EU-Staaten zu beobachten ist (Schulten/Müller 2014), entscheidend mit zu der negativen Lohndrift in der Eurozone beigetragen haben. Insgesamt reagieren die Effektivlöhne jedoch deutlich schneller auf die aktuelle Konjunktorentwicklung als die Tariflöhne, die oft in mehrjährigen

ABB. 1

Entwicklung der Tariflöhne in der Euro-Zone, 2001 – 2016*

Veränderungen in Prozent zum Vorjahr



*reale Entwicklung deflationiert um den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), Angaben für 2016: 1. Halbjahr.

Quelle: Europäische Zentralbank; Berechnungen des WSI.

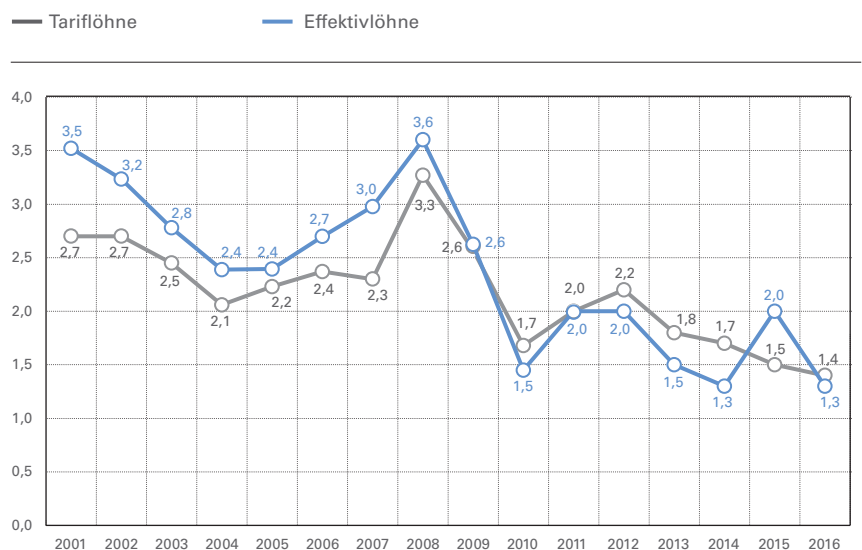
WSI Mitteilungen

Tarifvereinbarungen festgelegt werden. Die positive Lohndrift im Jahr 2015 dürfte demnach in erster Linie durch die konjunkturelle Erholung bedingt sein. ▶

ABB. 2

Entwicklung der Tarif- und Effektivlöhne in der Euro-Zone, 2001 – 2016*

Veränderungen in Prozent zum Vorjahr



*Angaben für 2016: 1. Halbjahr.

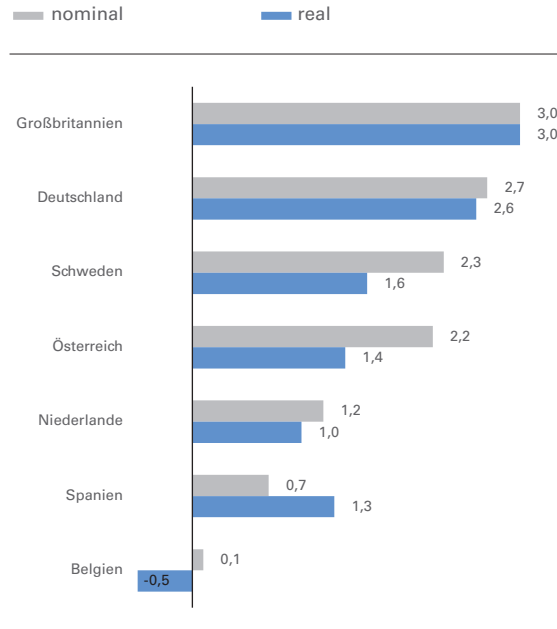
Quelle: Europäische Zentralbank; Berechnungen des WSI.

WSI Mitteilungen

ABB. 3

Entwicklung der Tariflöhne in ausgewählten EU-Staaten, 2015

Veränderungen in Prozent zum Vorjahr



* real = deflationiert um die Entwicklung des Harmonisierten Verbraucherpreisindex.

Quelle: Eurofound (Fric 2016); Berechnungen des WSI.

WSI Mitteilungen

2.2 Die Tariflohnentwicklung in ausgewählten EU-Staaten

Mangels einer originär europäischen Datenquelle muss bei der Analyse der Tariflohnentwicklung in Europa notgedrungen auf nicht harmonisierte nationale Datensätze zurückgegriffen werden, die in den meisten Fällen entweder von den nationalen Statistikämtern oder von den nationalen Arbeitsministerien erhoben werden und nur für eine begrenzte Anzahl von Ländern verfügbar sind. Eine Zusammenfassung der unterschiedlichen nationalen Tariflohnaten findet sich in der Tariflohnatenbank von Eurofound (Fric 2016), die derzeit insgesamt 14 EU-Staaten umfasst, von denen hier im Folgenden sieben Länder (Belgien, Deutschland, Großbritannien, Niederlande, Österreich, Schweden und Spanien) mit vergleichbaren Zeitreihen berücksichtigt werden.

Im Jahr 2015 stiegen demnach die nominalen Tariflöhne mit 3,0% am stärksten in Großbritannien, gefolgt von Deutschland mit 2,7% sowie Schweden und Österreich mit 2,3 bzw. 2,2% (Abbildung 3). Deutlich schwächer fielen die Tariflohnenerhöhungen mit 1,2% in den Niederlanden und 0,7% in Spanien aus, während in Belgien von der dortigen Regierung für das Jahr 2015 faktisch ein allgemeiner Lohnstopp verordnet wurde.

Preisbereinigt stiegen die realen Tariflöhne in Großbritannien um 3,0% und in Deutschland um 2,6%. In Schweden, Österreich, den Niederlanden und Spanien variierten die realen Tariflohnenerhöhungen hingegen zwischen 1,0 und 1,6%, wobei in Spanien aufgrund der rückläufigen Preisentwicklung die reale Tarifierhöhung fast doppelt so hoch wie die nominale ausfiel. In Belgien hat der nominale Lohnstopp dazu geführt, dass die Tariflöhne real um 0,5% gesunken sind.

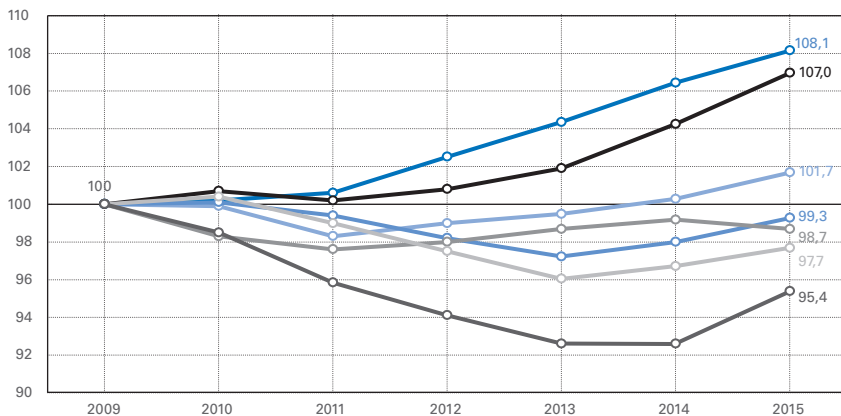
Bei einer längerfristigen Betrachtung der Tariflohnentwicklung seit der Krise 2009 treten die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern deutlich zutage (Abbildung 4). In Deutschland und Schweden kommt es ab 2012 zu kontinuierlichen realen Zuwächsen bei den Tariflöhnen, die im Jahr 2015 schließlich 7 bzw. 8% oberhalb des Jahres 2009 lagen. In den übrigen Ländern kommt es nach 2009 bei den Tariflöhnen zunächst zu relativ starken Reallohnverlusten, die erst seit 2013 wieder durch positive Reallohnzugewinne ausgeglichen wurden. In Belgien, Großbritannien, den Niederlanden und Spanien lag der reale Wert der Tariflöhne im Jahr 2015 jedoch immer noch unterhalb des Niveaus des Krisenjahres 2009. Lediglich Österreich konnte mit der Tariflohnenerhöhung des Jahres 2015 das reale Tariflohnniveau des Jahres 2009 wieder überschreiten.

ABB. 4

Entwicklung der realen Tariflöhne in ausgewählten EU-Staaten, 2010 – 2015*

2009 = 100

Schweden, Deutschland, Österreich, Spanien, Belgien, Niederlande, Großbritannien



*deflationiert um die Entwicklung des Harmonisierten Verbraucherpreisindex.

Quelle: Eurofound (Fric 2016) ; Berechnungen des WSI.

WSI Mitteilungen

3. Die Entwicklung der Effektivlöhne

Bei der Analyse der Effektivlöhne wird im Folgenden erneut auf die AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission zurückgegriffen, deren Ursprungsdaten aus den natio-

TABELLE 3

Lohnentwicklung und Verteilungsbilanz in der Europäischen Union, 2013–2016*

Angaben in Prozent

	Nominallöhne				Reallöhne				Verteilungsbilanz			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Nordeuropa												
Dänemark	1,2	1,8	1,9	2,0	0,7	1,4	1,7	1,7	1,0	0,9	1,7	1,4
Finnland	1,3	1,4	1,6	1,2	-0,9	0,2	1,8	1,2	-0,8	0,0	0,9	0,8
Schweden	1,9	2,2	3,6	3,1	1,5	2,0	2,9	2,2	1,3	1,1	0,3	0,4
Westeuropa												
Belgien	2,6	0,9	0,1	0,7	1,4	0,4	-0,5	-0,9	1,0	-0,6	-1,0	-1,3
Deutschland	1,8	2,6	2,7	2,5	0,2	1,8	2,6	2,2	0,6	1,1	1,7	1,7
Frankreich	1,6	1,4	1,2	1,1	0,6	0,8	1,1	1,0	-0,1	0,9	0,3	0,2
Großbritannien	1,4	-0,1	1,5	3,3	-1,2	-1,6	1,5	2,5	-2,2	-2,1	0,7	1,8
Irland	-0,7	1,8	0,6	2,2	-1,2	1,5	0,6	2,0	-0,3	-2,0	-4,4	-1,1
Luxemburg	3,6	2,9	0,8	0,3	1,9	2,2	0,7	0,4	-0,5	0,7	-1,5	-0,3
Niederlande	1,8	2,2	0,4	1,8	-0,8	1,9	0,2	1,4	-1,1	0,5	-0,8	0,9
Österreich	2,2	1,7	1,6	1,4	0,1	0,2	0,8	0,5	0,2	0,8	0,6	-0,1
Südeuropa												
Griechenland	-7,0	-2,1	-1,7	-0,8	-6,1	-0,7	-0,6	-0,5	-6,5	-1,2	1,5	0,3
Italien	1,3	-0,1	0,5	0,3	0,1	-0,3	0,4	0,2	-0,6	0,4	0,5	0,0
Malta	1,4	0,9	1,5	1,9	0,4	0,1	0,3	0,4	0,0	1,4	-2,4	-0,7
Portugal	3,6	-1,4	-0,6	1,6	3,2	-1,2	-1,1	1,0	1,4	-0,7	-1,1	0,4
Spanien	1,7	-0,6	0,5	0,8	0,2	-0,4	1,1	0,9	-1,7	-0,6	0,9	0,8
Zypern	-3,3	-3,5	-1,0	1,1	-3,7	-3,2	0,5	1,9	-3,7	-3,0	-0,2	1,1
Osteuropa												
Bulgarien	8,8	5,6	1,8	3,6	8,4	7,2	2,9	4,3	6,7	6,0	0,3	2,6
Estland	5,8	5,9	3,9	5,6	2,6	5,4	3,8	4,9	2,3	3,3	5,6	2,0
Kroatien	-0,7	-5,2	-0,5	1,1	-3,0	-5,4	-0,2	1,6	-4,6	-2,6	-0,2	0,9
Lettland	5,0	8,5	7,0	5,2	5,0	7,8	6,8	5,1	4,3	4,0	5,5	2,6
Litauen	5,4	3,8	4,1	4,6	4,2	3,6	4,8	3,9	2,0	2,6	4,5	1,3
Polen	1,7	1,6	3,1	3,8	0,9	1,5	3,8	3,9	-0,5	0,0	1,6	0,9
Rumänien	3,8	5,3	3,2	6,9	0,6	3,9	3,6	7,4	-3,9	1,8	-1,0	3,2
Slowakei	2,6	1,8	2,4	3,5	1,1	1,9	2,7	3,5	-1,2	0,8	1,1	2,2
Slowenien	0,6	1,1	0,8	1,7	-1,3	0,7	1,6	1,9	-1,7	-1,7	0,2	0,9
Tschechien	-0,3	1,5	2,4	3,2	-1,7	1,1	2,1	2,7	-0,8	-0,3	-0,9	1,0
Ungarn	1,8	0,9	3,3	4,6	0,1	0,9	3,2	4,2	-0,8	1,9	3,1	2,6
EU 28	1,6	1,0	1,4	2,0	0,1	0,5	1,4	1,7	-0,5	0,2	0,6	0,9

*Nominallöhne = Nominale Arbeitnehmerentgelte pro Arbeitnehmer, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr. Reallöhne = Nominale Arbeitnehmerentgelte pro Arbeitnehmer deflationiert um die Entwicklung des Harmonisierten Verbraucherpreisindex, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr. Verteilungsbilanz = Saldo des jährlichen Nominallohnzuwachses und des Verteilungsspielraums (vgl. Tabelle 2) in Prozentpunkten. Angaben für 2016: Prognose der Europäischen Kommission.

Quelle: AMECO Datenbank der Europäischen Kommission, Version: 3.5.2016; Berechnungen des WSI.

WSI Mitteilungen

nalen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen stammen.² Im Jahr 2015 stiegen danach die *effektiven Nominallöhne* im EU-Durchschnitt um 1,4%. Damit lag die Nominallohnentwicklung leicht oberhalb der des Jahres 2014 (1,0%) und leicht unterhalb des Jahres 2013 (1,6%). Für 2016 prognostiziert die Europäische Kommission wiederum einen leicht höheren Nominallohnzuwachs von 2% (Tabelle 3).

Hinter den EU-Durchschnittsdaten verbergen sich allerdings erhebliche nationale Unterschiede. In insgesamt zehn EU-Staaten lagen die Nominallohnzuwächse im Jahr 2015

bei 2% und mehr. Darunter befanden sich mit Ausnahme von Deutschland (2,7%) und Schweden (3,6%) aus- ►

2 Streng genommen werden in der AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission keine „Löhne“ sondern „Arbeitnehmerentgelte“ (definiert als Bruttolöhne plus Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung) ausgewiesen. Der hier im Folgenden verwendete weite Lohnbegriff umfasst demnach die gesamten Arbeitskosten.

schließlich Staaten aus Osteuropa. Den höchsten Nominallohnanstieg gab es mit 7 % in Lettland, gefolgt von 4,1 % in Litauen und 3,9 % in Estland. In den meisten nord- und westeuropäischen Ländern lagen die Nominallohnzuwächse hingegen zwischen 0,5 und 2 %, wobei in Belgien aufgrund des Lohnstopps nur ein Zuwachs von 0,1 % gemessen wurde. In Südeuropa wuchsen die Nominallöhne in Italien und Spanien um jeweils 0,5 %, während die Situation in Griechenland, Portugal und Zypern weiterhin durch Nominallohnkürzungen geprägt war. Für das Jahr 2016 erwartet die Europäische Kommission insgesamt eine leicht dynamischere Lohnentwicklung. Anhaltende Nominallohnrückgänge werden lediglich noch für Griechenland prognostiziert. Eine deutlich stärkere Nominallohnerhöhung als im Vorjahr wird neben zahlreichen osteuropäischen Ländern vor allem in Großbritannien und Irland erwartet.

Vor dem Hintergrund sehr niedriger Inflationsraten stiegen die *effektiven Reallöhne* im EU-Durchschnitt trotz relativ schwacher Nominallohndynamik mit 1,4 % 2015 stärker als in den Vorjahren (Tabelle 3). Angesichts einer anhaltend schwachen Preisentwicklung prognostiziert die Europäische Kommission für das Jahr 2016 sogar einen Reallohnzuwachs von 1,7 %. Die größten Reallohnsteigerungen gab es 2015 mit Zuwachsraten zwischen 3 und 7 % in einigen osteuropäischen Ländern, darunter den baltischen Staaten sowie Polen, Ungarn und Rumänien. Außerhalb von Osteuropa verzeichneten Deutschland und Schweden mit 2,6 bzw. 2,9 % die höchsten Reallohnzuwächse. In den übrigen nord-, west- und südeuropäischen Ländern lagen die Reallohnzuwächse in fünf Staaten zwischen 1 und 2 % und in weiteren sieben Staaten sogar unterhalb von 1 %. In drei Staaten – darunter Belgien, Griechenland und Portugal – kam es sogar zu Reallohnverlusten.

Vor dem Hintergrund einer äußerst schwachen Preis- und Produktivitätsentwicklung ist es nicht weiter verwunderlich, dass die *Verteilungsbilanz*, die sich aus dem Saldo aus Nominallohnentwicklung und dem Verteilungsspielraum ergibt, 2015 in vielen europäischen Ländern positiv ausfällt. Im EU-Durchschnitt lagen die Nominallohnzuwächse um 0,6 Prozentpunkte oberhalb des rechnerischen Verteilungsspielraumes. Im Vorjahr 2014 war die EU-weite Verteilungsbilanz mit 0,2 Prozentpunkten ebenfalls leicht positiv, während sie 2013 mit minus 0,5 Prozentpunkten noch negativ ausfiel. Für 2016 erwartet die Europäische Kommission, dass die Verteilungsbilanz mit 0,9 Prozentpunkten weiterhin eine positive Entwicklung nimmt.

2015 konnten insgesamt 18 von 28 EU-Staaten den lohnpolitischen Verteilungsspielraum ausschöpfen. In zehn Ländern blieb die Nominallohnentwicklung hingegen hinter der Preis- und Produktivitätsentwicklung zurück. Nach den Prognosedaten der Europäischen Kommission werden im Jahr 2016 hingegen lediglich noch vier Länder eine negative Verteilungsbilanz aufweisen. Die positive Verteilungsbilanz in der Mehrzahl der EU-Staaten ergibt sich jedoch nicht aus einer besonders expansiven Lohnpolitik, sondern ist vielmehr das Ergebnis eines deflationären Um-

feldes, in dem die niedrigen Inflationsraten rechnerisch zu sehr geringen Verteilungsspielräumen führen. Würde man stattdessen den Verteilungsspielraum zugrunde legen, der sich aus der mittelfristigen Trendproduktivität und der EZB-Zielinflationsrate ergibt, so wäre außerhalb Osteuropas die Verteilungsbilanz nach wie vor in den meisten EU-Staaten negativ (vgl. auch Herzog-Stein et al. 2016).

4. Ausblick: Europa braucht eine stärkere Lohndynamik

Die Lohnentwicklung in Europa bewegte sich in Jahren 2015 und 2016 insgesamt auf einem sehr moderaten Pfad. Für die Europäische Zentralbank (2016a, S. 26) war „das Lohnwachstum [...] nicht nur niedrig, sondern blieb auch konstant hinter den vorhergesagten Werten zurück.“ Die konjunkturelle Erholung sowie die rückläufigen Arbeitslosenzahlen hätten eigentlich eine dynamischere Lohnentwicklung erwarten lassen (Europäische Kommission 2016). Neben der geringen Preisentwicklung und dem nach wie vor hohem Niveau der Arbeitslosigkeit wird die relativ schwache Lohnentwicklung vor allem darauf zurückgeführt, dass die Reformen am Arbeitsmarkt in vielen Ländern die „Abwärtsrigidität der Nominallöhne“, d. h. „die Scheu der Unternehmen, Einschnitte bei den Nominallöhnen vorzunehmen, und/oder der Weigerung der Arbeitnehmer, solche Kürzungen zu akzeptieren“, deutlich verringert hat (Europäische Zentralbank 2016b, S. 81).

Der Abbau von Arbeitnehmerrechten und die Reduzierung der Tarifbindung hat in vielen europäischen Ländern die Verhandlungsposition der Gewerkschaften strukturell geschwächt. Diese Politik wurde durch einen neuen lohnpolitischen Interventionismus auf europäischer und nationaler Ebene befördert, der sich im Zuge des neuen Systems der *Economic Governance* innerhalb der EU herausgebildet hat (Schulten/Müller 2014; Müller et al. 2016). Letzteres zielt auf eine engere Koordinierung der europäischen Wirtschaftspolitik, in der der Lohnpolitik eine prominente Rolle zukommt. Im Rahmen des sogenannten „Europäischen Semester“, das einen jährlich wiederkehrenden wirtschaftspolitischen Koordinierungszyklus darstellt, werden u. a. regelmäßig die Lohnentwicklungen in allen EU-Staaten überprüft und Empfehlungen für die nationale Lohnpolitik ausgesprochen. Letztere beziehen sich nicht nur auf die Höhe einer „angemessenen“ Entwicklung der Löhne und Lohnstückkosten, sondern auch auf eine „nach unten gerichtete Flexibilität“ der Tarifvertragssysteme. Am weitesten ausgeprägt ist diese Entwicklung derzeit in Ländern wie z. B. Griechenland, Portugal oder Irland, die unter dem direkten Einfluss der sogenannten „Troika“ aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und dem Internationalen Währungsfond (IWF) standen bzw. immer noch stehen. Eine ähnl-

ABB. 5

Entwicklung der Reallöhne in der Europäischen Union, 2001 – 2009

Angaben in Prozent*



AT = Österreich, BE = Belgien, BG = Bulgarien, CY = Zypern, CZ = Tschechische Republik, DE = Deutschland, DK = Dänemark, EE = Estland, EL = Griechenland, ES = Spanien, FI = Finnland, FR = Frankreich, HR = Kroatien, HU = Ungarn, IE = Irland, IT = Italien, LT = Litauen, LU = Luxemburg, LV = Lettland, MT = Malta, NL = Niederlande, PL = Polen, PT = Portugal, RO = Rumänien, SE = Schweden, SI = Slowenien, SK = Slowakei, UK = Großbritannien

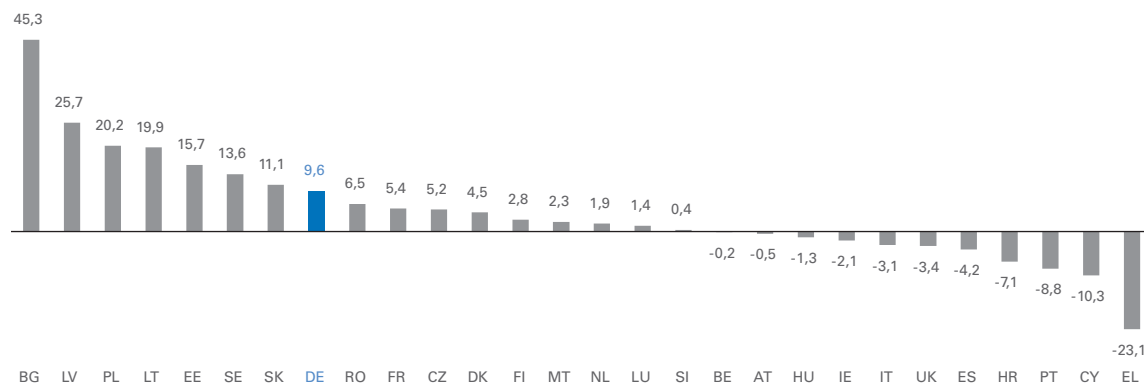
*Nominallöhne deflationiert um den nationalen Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI).
Quelle: Ameco-Datenbank; Berechnungen des WSI.

WSI Mitteilungen

ABB. 6

Entwicklung der Reallöhne in der Europäischen Union, 2010 – 2016

Angaben in Prozent*



AT = Österreich, BE = Belgien, BG = Bulgarien, CY = Zypern, CZ = Tschechische Republik, DE = Deutschland, DK = Dänemark, EE = Estland, EL = Griechenland, ES = Spanien, FI = Finnland, FR = Frankreich, HR = Kroatien, HU = Ungarn, IE = Irland, IT = Italien, LT = Litauen, LU = Luxemburg, LV = Lettland, MT = Malta, NL = Niederlande, PL = Polen, PT = Portugal, RO = Rumänien, SE = Schweden, SI = Slowenien, SK = Slowakei, UK = Großbritannien

*Nominallöhne deflationiert um den nationalen Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI). Daten für 2016: Prognose der Europäischen Kommission.

WSI Mitteilungen

Quelle: Ameco-Datenbank; Berechnungen des WSI.

che Entwicklung findet sich aber z. B. auch in Frankreich, dessen jüngste Arbeitsmarktreformen stark durch die europäischen „Empfehlungen“ geprägt wurden (Corporate Europe Observatory 2016).

Mit dem Ausbruch der Krise 2008/2009 und der Herausbildung der neuen europäischen Economic Governance hat

sich das lohnpolitische Entwicklungsmuster grundlegend verändert. Bis zur Krise war die Lohnentwicklung in Europa durch mehr oder weniger hohe Reallohnzuwächse geprägt (Abbildung 5). Im Zeitraum 2001 bis 2009 zeigten insbesondere die osteuropäischen Länder sehr hohe Reallohnsteigerungen und unterstrichen damit ihren ökonomischen ▶

Aufholprozess gegenüber den übrigen EU-Staaten. Außerhalb Osteuropas kam es in so unterschiedlichen Staaten wie Irland, Großbritannien, Griechenland sowie den nordeuropäischen Ländern Dänemark und Schweden zu relativ hohen Reallohnsteigerungen. Zu der Gruppe mit vergleichsweise niedrigen Reallohnzuwächsen gehörten dagegen vor allem die deutschen Nachbarstaaten Frankreich, Niederlande, Belgien, Luxemburg und Österreich, aber auch die südeuropäischen Staaten Italien, und Portugal. Eine absolute lohnpolitische Sonderrolle wurde schließlich von Deutschland eingenommen, das während der 2000er Jahre als einziges Land in Europa erhebliche Reallohnrückgänge zu verzeichnen hatte.

Seit dem Jahr 2010 zeigt die Lohnentwicklung in Europa ein vollkommen neues Muster, in dem stagnierende Reallöhne oder sogar Reallohnverluste zum dominierenden Trend werden (*Abbildung 6*). Unter Einbeziehung der Prognosedaten der Europäischen Kommission ist die Reallohnentwicklung im Zeitraum 2010 bis 2016 in elf EU-Staaten rückläufig. Besonders extrem sind die Reallohnverluste mit 23 % in Griechenland, gefolgt von Zypern mit 10 %, Portugal mit knapp 9 % und Kroatien mit 7 %. Hohe Reallohnrückgänge mit Werten zwischen 3 und 4,5 % verzeichnen darüber hinaus auch Spanien, Italien und Großbritannien. In weiteren neuen EU-Staaten lagen die Reallohnzuwächse in dem Sieben-Jahres-Zeitraum unterhalb von 7 % und damit deutlich unterhalb von 1 % pro Jahr. Lediglich acht EU-Staaten konnten seit 2010 höhere Reallohnzuwächse aufweisen, darunter neben einigen osteuropäischen Staaten vor allem Schweden und Deutschland.

Die ökonomischen Schattenseiten der schwachen Lohnentwicklung treten heute immer offener zutage. Im Kern wird hierdurch die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage systematisch beschränkt und eine disinflationäre Preisentwicklung befördert. Dies ist umso bedeutsamer, als das die private Nachfrage die wichtigste Komponente für die ökonomische Entwicklung in Europa darstellt (Europäische Kommission 2016). Letztere bleibt jedoch systematisch hinter ihren Möglichkeiten zurück, sodass nicht wenige Ökonomen heute davon ausgehen, dass sich Europa in einer länger anhaltenden Phase von Stagnation und schwachem Wachstum befindet (De Grauwe 2015).

Vor diesem Hintergrund wird heute nicht nur von den europäischen Gewerkschaften, sondern zunehmend auch von Wirtschafts- und Finanzmarktanalysten die Bedeutung einer dynamischeren Lohnentwicklung für die wirtschaftliche Erholung in Europa betont (Brinded 2016). Auch die EZB sieht zunehmend die ökonomische Notwendigkeit einer stärkeren Lohndynamik zur Bekämpfung der schwachen Preisentwicklung. So erklärte der EZB-Präsident Mario Draghi im September 2016 vor dem Europäischen Parlament: „The case for higher wages is unquestionable“ (Draghi 2016, S. 19).

Paradoxerweise gehört die EZB jedoch zu den führenden Akteuren, die in vielen europäischen Ländern auf jene Arbeitsmarktreformen gedrängt haben und immer noch drängen, die heute eine stärkere Lohndynamik behindern (Janssen 2016). Für eine Wende in der europäischen Lohnpolitik müssen deshalb in vielen Ländern auch die institutionellen Voraussetzungen, wie angemessene Mindestlöhne und umfassende Tarifvertragsysteme, wiederhergestellt werden.³ ■

LITERATUR

- Brinded, L.** (2016): The most crucial part of Europe's economic recovery right now is crumbling, in: Business Insider Deutschland, 12. September, <http://www.businessinsider.de/hsbc-report-eurozone-inflation-wage-growth-unemployment-2016-9?r=UK&IR=T>
- Corporate Europe Observatory** (2016): How the EU pushed France to reforms of labour Law, 27. Juni, <http://corporateeurope.org/eu-crisis/2016/06/how-eu-pushed-france-reforms-labour-law>
- De Grauwe, P.** (2015): Secular stagnation in the Eurozone, VoxEU.org, 30. Januar, <http://voxeu.org/article/secular-stagnation-eurozone>
- Draghi, M.** (2016): Monetary dialog with the Committee on Economic and Monetary Affairs of the European Parliament, Brüssel, 26. September, http://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2016/html/sp160926_2_Transcript_and_QandA.en.pdf?e407c03e9a72607019fa9e2c142254a8
- Europäische Kommission** (2016): European economic forecast – spring 2016, European Economy Institutional Paper (25), http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/eeip/pdf/ip025_en.pdf
- Europäische Zentralbank** (2016a): Jüngste Trends bei der Lohnentwicklung im Euro-Währungsgebiet, in: EZB-Wirtschaftsbericht (3), S. 26–29
- Europäische Zentralbank** (2016b): Neue Erkenntnisse zur Lohnanpassung in Europa im Zeitraum von 2010 bis 2013, in: EZB-Wirtschaftsbericht (5), Frankfurt a. M., S. 65–91
- Fric, K.** (2016): Developments in collective wage bargaining in the European Union 2015, Eurofound, Dublin, <http://www.eurofound.europa.eu/observatories/eurwork/articles/working-conditions-labour-market-industrial-relations-social-policies/developments-in-collective-wage-bargaining-in-the-european-union-2015>
- Herzog-Stein, A./Logeay, C./Stein, U./Zwiener, R.** (2016): Deutsche Arbeitskosten auf Stabilitätskurs. Arbeits- und Lohnstückkostenentwicklung 2015 im europäischen Vergleich., IMK Report (116), Düsseldorf, Juli 2016, http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_116_2016.pdf
- Horn, G./Behringer, J./Herzog-Stein, A./Hohfeld, P./Rietzler, K./Stephan, S./Theobald, T./Tober, S./** (2016): Aufschwung mit Schwächen. Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2016/2017. IMK Report (118), Düsseldorf, September, http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_118_2016.pdf
- Janssen, R.** (2016): Central banks warm to collective bargaining, Social Europe, 30. März, <https://www.socialeurope.eu/2016/03/43370/>
- Kanutin, A.** (2015): The ECB's experimental indicator of negotiated wages, Paper presented at the ISTAT Workshop on Labour costs, Rome 5–6 May, http://www.istat.it/en/files/2015/04/Item-5.2-Negotiated-wage-rate-indicator_ECB.pdf
- Müller, T./Schulten, T./Van Gyes, G.** (Hrsg.) (2016): Lohnpolitik unter europäischer „Economic Governance“. Alternative Strategien für inklusives Wachstum, Hamburg
- Schulten, T./Müller, T.** (2014): Ein neuer europäischer Interventionismus? Die Auswirkungen des neuen Systems der europäischen Economic Governance auf Löhne und Tarifpolitik, in: Lehndorff, S. (Hrsg.): Spaltende Integration. Der Triumph gescheiterter Ideen in Europa – revisited, Hamburg, S. 273–301

AUTOR

THORSTEN SCHULTEN, Prof. Dr., ist Wissenschaftler am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Arbeitsschwerpunkte: Arbeits- und Tarifpolitik in Europa.

@ thorsten-schulten@boeckler.de

³ Vgl. hierzu die weitergehenden Analysen und Vorschläge in Müller et al. (2016).